



Antrag

der Abgeordneten **Dr. Herbert Kränzlein, Volkmar Halbleib, Stefan Schuster, Susann Biedefeld, Martina Fehlner, Harald Güller, Günther Knoblauch, Andreas Lotte, Reinhold Strobl, Arif Tasdelen SPD**

Zuführungen zum Pensionsfonds

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zu den Fragen, wie hoch die Diskrepanz zwischen der früheren Maximalzuführung und der im Nachtragshaushalt 2016 beschlossenen Zuführung von 100 Mio. Euro an den Bayerischen Pensionsfonds ist und welche Auswirkungen dies auf die Sicherheit der Pensionsansprüche der Staatsbediensteten hat, mündlich und schriftlich Stellung zu nehmen.

Begründung:

In der Sitzung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen vom 25. November 2015 konnten einige Fragen zum Thema „Zuführungen zum Pensionsfonds für Staatsbedienstete“ nicht beantwortet werden, deshalb hatte das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat eine schriftliche Nachberichterstattung zugesagt. Diese ist nicht erfolgt und auch auf eine Anfrage zum Plenum reagierte das Staatsministerium mit Nichtwissen.

Dabei bedeutet die Umstellung der Finanzierung des Pensionsfonds einen Paradigmenwechsel, der auch von Seiten des Landtags hinterfragt und kontrolliert werden muss. Die Sicherstellung der Altersversorgung der Beamtinnen und Beamten in Bayern ist eine wichtige Aufgabe, die nicht vernachlässigt werden darf. Deshalb ist es umso wichtiger, dass alle Fragen bezüglich der unterschiedlichen Zuführung und finanziellen Ausgestaltung des Pensionsfonds beantwortet werden, um sowohl im Landtag, für die Staatsbediensteten und auch in der Öffentlichkeit für die notwendige Klarheit zu sorgen.